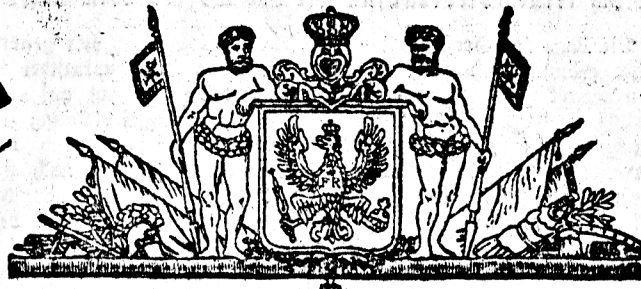


Wolffsche



Zeitung

15 Pfennig

Begründet

1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

In Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsstells): V. Rolf Gallor in Berlin * Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 * Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Beschleunigte Ratifikation des Friedens.

Erledigung durch die gesetzgebenden Körperschaften Anfang der nächsten Woche.

Eine Note Hermann Müllers.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Durch die deutsche Friedensdelegation in Versailles ist dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau folgende Note überreicht worden:

Herr Präsident!

Auf die Note vom 28. Juni betreffend die Aufhebung der Blockade beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen: Die deutsche Regierung nimmt davon Kenntnis, daß die alliierten und assoziierten Regierungen bereit sind, sobald sie von der ordnungsmäßigen und vollständigen Ratifikation des Friedensvertrages durch das Deutsche Reich amtlich Kenntnis erhalten, die Blockade schon vor dem Inkrafttreten des Friedensvertrages aufzuheben.

In dem Wunsche, so schnell wie möglich von der für Deutschland so schweren und verhängnisvollen Blockade befreit zu werden, wird die deutsche Regierung alles daran setzen, um die für die Ratifikation erforderlichen Maßnahmen zu beschleunigen. Sie hofft, Anfang der nächsten Woche in der Lage zu sein, den alliierten und assoziierten Regierungen von der erfolgten Beschlussfassung der gesetzgebenden Körperschaften und von der Vollziehung des Friedensvertrages durch den Reichspräsidenten Mitteilung machen zu können. Die deutsche Regierung gibt der Erwartung Ausdruck, daß die alliierten und assoziierten Regierungen in demselben Geiste, der sie zu der Zusage einer früheren Aufhebung der Blockade veranlaßt hat, sich damit einverstanden erklären werden, daß, sobald die erwähnte Nachricht vorliegt, auch mit der Heimführung der deutschen Gefangenen aus ihren Ländern begonnen wird.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Müller, Reichsminister des Auswärtigen.

Paris, 2. Juli.

Nach dem „Journal“ wird, um die Inkraftsetzung des Friedensvertrages zu beschleunigen, alsbald nach dessen Ratifizierung durch Deutschland und durch die drei alliierten Mächte jede dieser Mächte einen Delegierten bezeichnen, der an die in Paris befindliche Versammlung eine Erklärung einbringen wird, daß der Vertrag regelrecht bestätigt worden ist. Das Proto-

koll dieser Versammlung wird das unverzügliche Inkrafttreten des Vertrages bestimmen. Nach „Petit Journal“ wird angenommen, daß die Ratifizierung in ungefähr 14 Tagen erfolgen wird.

Die Wiederaufnahme des Handels.

Drahtmeldung der „Wolffschen Zeitung“.

* Frankfurt a. M., 2. Juli.

Der New-Yorker Berichterstatter der „Frankf. Stg.“ meldet, daß die sofortige Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland immer dringender und allgemeiner gefordert werde. Die Zeitung „Sun“ meint, diese Bewegung sei so stark, daß sie den Bundestag zwingen werde, das gesetzliche Verbot des Handels mit dem Feinde schleunigst wieder aufzuheben. Allerdings werde Wilson vielleicht sein Veto einlegen und dadurch den Senat zur Ratifikation des Friedensvertrages zwingen.

Haag, 2. Juli. (S. N.)

Aus Washington wird gemeldet: Entsprechend einer Ankündigung des Staatssekretärs Philipp wird die Blockade Deutschlands in dem Augenblick aufgehoben werden, wo der Oberste Blockade-Rat der Alliierten die Nachricht empfängt, daß der Friede durch Deutschland ratifiziert worden ist. Die Wiederaufnahme des Handels der Vereinigten Staaten mit Deutschland ist also nicht abhängig von der Ratifikation des Vertrages durch den amerikanischen Senat.

Wilson's Kampf mit dem Senat.

Drahtmeldung.

Bern, 2. Juli.

Die die „Neue Korrespondenz“ aus Washington meldet, lobeln amerikanische Berichterstatter eine Unterredung mit Wilson, aus der hervorgeht, daß er auf vollständiger Ratifizierung des Friedensvertrages und des Völkerbundes bestehen wird. Wilson sei bereit, einen nationalen Kampf zu führen, um den Senat zur Annahme zu bewegen. Die öffentliche Meinung sei jedoch der Ansicht, daß die Mehrheit des Senats entschlossen sei, Vorbehalte zu machen. Nach Ansicht der Republikaner wird das Verhalten Wilsons die entgegengelegte Wirkung haben. Mehrere Senatoren, die ausankten des Völkerbundes abstimmten hätten, wenn dieser Entwurf vom Vertrage getrennt würde, würden dagegen stimmen, weil er in Verträge einbezogen sei. Wieder andere seien der Überzeugung, daß die Weigerung werde durch die genügende Anzahl von Stimmen vertreten sein.

Die heutige Streiklage.

Gefährdung der Lebensmittelversorgung

Die Wirkungen des Eisenbahnstreiks auf die Lebensmittelversorgung Berlins machen sich bereits für die Bevölkerung sehr unangenehm fühlbar. Es ist der Eisenbahnverwaltung nur gelungen, den Güterverkehr in geringem Umfang zu erhalten. Infolgedessen hat besonders die Kartoffelversorgung erheblich gelitten. Vor dem Streik kamen täglich 200 Wagen mit Kartoffeln nach Berlin, jetzt täglich nur noch fünf bis zehn. Die in dieser Woche an die Bevölkerung zu liefernde Kartoffelrate wird deshalb nicht abgegeben werden können, da freimeldete Vorräte in Berlin nicht vorhanden sind. Ebenso ist die Fischversorgung ins Stocken geraten. Da bereits mehrfach die aus den Häfen abgegangenen Fischsendungen durch die Verzögerung des Transportes verdorben sind, werden aus den Häfen von jetzt ab keine Transporte mehr abgelassen werden. Auch die Anlieferung von Gemüse ist fast völlig eingestellt. Die Markthallen sind vollständig entleert. Eine Zubereitung von Früchten findet nur noch in geringem Umfang statt.

Am schwersten werden die Krankenhäuser von diesem Streik betroffen; wenn nicht bald Lebensmittel nach Berlin geschafft werden, wird den Kranken die ohnehin fehlende Lebensmittelversorgung noch verkrüppelt werden müssen.

Die Bäderzwangsinnung hat dem Magistrat Mitteilung gemacht, daß bei den Bädern infolge der Verkehrsverhältnisse zurzeit ein beträchtlicher Kohlenmangel herrscht, daß die Brotherstellung ernstlich gefährdet ist. Der Magistrat, Abteilung für Brotversorgung, hat deshalb an die zuständigen Stellen das Ersuchen gerichtet, mit allen Mitteln auf die Beschaffung der erforderlichen Kohlenmengen hinzuwirken.

Emonts bleibt in Haft.

Heute mittag fand beim Oberstaatsanwalt eine Besprechung mit den Vorstandsmitgliedern des Deutschen Bankbeamtenvereins statt, um die Entlassung des verhafteten Führers Emonts zu erwirken. Der Bankbeamte März, der zweite Führer des Deutschen Bankbeamtenvereins, der sich im Augenblick in Frankfurt a. M. befindet, hat telegraphisch beim Ministerpräsidenten, Bauer und Reichswehrminister Noske Protest gegen die Verhaftung eingelegt.

Wie wir hierzu von der Staatsanwaltschaft erfahren, ist der Haftentlassungsantrag abgelehnt. Emonts bleibt weiter in Haft. Der Zentralvorstand und die Vertrauensleute des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankbeamten versammeln sich erst heute abend, um zu der Ablehnung des Haftentlassungsantrages Stellung zu nehmen. Weitere Nachrichten über den Streik auf der 2. Seite.

Vernichtung und Schöpfung.

Die Krise im deutschen Wirtschaftsleben.

Es ist wohl jedem klar geworden, daß die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse der Vorkriegszeit während des Krieges selbst nicht etwa nur unterbrochen worden sind, sondern daß sie für alle Zeiten aufgehört haben zu bestehen. Die Kurzfristigkeit, mit der während des Krieges an der Vorbereitung einer „Übergangswirtschaft“ zur Rückkehr in die Verhältnisse von ehedem gearbeitet worden ist, müßte jetzt eigentlich geheilt sein. Und die ersten, von denen man einen klareren Blick für die neue Wirklichkeit erwarten dürfte, müßten die Arbeiter und ihre Führer sein. Sie zu allererst müssen sehen, daß jenes Gebilde, das sie seit Jahrzehnten bekämpft haben, nicht mehr da ist. Der notwendige Gang der Ereignisse hat dafür gesorgt, daß der negative Teil der sozialistischen Bestrebungen erfüllt ist. Das Alte ist tot; nun gilt es Neues aufzubauen.

Vor der Kriegszeit konnte die heimische Produktion aus der unerschöpflichen Quelle des Weltrohstoffmarktes beliebig schöpfen und ihre Produkte auf einen unbegrenzt aufnahmefähigen Weltmarkt abstoßen. Der Willkür des Industriellen blieb es bis zu einem hohen Grade überlassen, seiner wirtschaftlichen Tätigkeit die Ziele — und zwar die gewinnbringendsten Ziele — zu setzen. Die Ansprüche der Allgemeinheit auf finanzielle Leistungen des Einzelnen waren verhältnismäßig gering, und überdies genoß das herrschende Wirtschaftssystem jeden ihm erwünschten politischen Schutz.

Diese ganzen Verhältnisse sind heute nicht mehr. Der Weltmarkt ist durch den Krieg völlig umgestaltet, die freie Konkurrenz, zumal für Deutschland, auf ein Mindestmaß reduziert, und dadurch ist der Volkswirtschaft die Basis der Handelsgewinne zum größten Teil entzogen. Um die Wirtschaft überhaupt aufrechtzuerhalten, ist es nötig, die heimische Produktion in erster Linie auf den eigenen Bedarf einzustellen und, da ein sich selbst genügendes nationales Wirtschaftsleben unmöglich ist, in zweiter Linie auf die wirtschaftliche Ergänzung solcher benachbarten Gebiete, die diese Ergänzung brauchen, auf deren Unterstützung wir aber auch selbst angewiesen sind, um unser eigenes Wirtschaftsleben ergänzen zu können. Die deutsche Produktion hat also die Aufgabe, sowohl durch die unmittelbare Belieferung des Inlandsmarktes wie auch durch die mit Notwendigkeit vorgeschriebene Verwendung ihrer Produktionsüberschüsse, dem ganzen Volke zu dienen. Weder im Rohstoffbezug, noch in der Verarbeitung, noch im Absatz kann mehr von einer Willkür des Unternehmers die Rede sein. An ihre Stelle tritt die Verantwortlichkeit gegenüber der Allgemeinheit, daß in den vorgeschriebenen Bahnen ein Höchstmaß an Leistungen erzielt werde.

Den Gewinnmöglichkeiten des Unternehmers sind durch die Verhältnisse auch schon deshalb die engsten Grenzen gezogen, weil der größte Teil der Gewinne künftig dazu bestimmt sein wird, um die finanziellen Lasten tragen zu helfen, die dem Reich und den öffentlichen Körperschaften aus dem Krieg sowohl wie aus dem Frieden erwachsen sind.

Wenn man unter Sozialismus die Verwirklichung einer allgemeinen Pflicht zu produktiver Arbeit und zur Erhöhung der Produktivität versteht, deren Früchte wiederum der Allgemeinheit zugute kommen sollen, dann hat der Sozialismus heute in Deutschland eine hemmungslos freie Bahn vor sich und kann sofort beginnen, sich positiv zu entfalten. Dieser Sozialismus ist heute keine Parteiangelegenheit mehr, sondern er ist die selbstverständliche Forderung aller derer, die auf Grund einer richtigen Kenntnis der Voraussetzungen den wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands wollen. Und weil es eben nur diesen einen Weg zum Aufbau gibt, so führt jede Bestrebung, die ihn zu durchkreuzen trachtet, gewollt oder ungewollt, zur Sabotage des Wirtschaftslebens. Das gilt insbesondere für jene radikale Richtung, die durch systematische Arbeitsverweigerung glaubt reformierend wirken zu können. Ihre Führer übersehen, daß der Arbeiter, der heute feiert, letzten Endes nicht so sehr gegen den Unternehmer als gegen die Volksgemeinschaft, also eigentlich gegen sich selbst, streift. Durch denselben Akt, nämlich durch die Arbeits Einstellung, ertringt und entwertet er den ziffermäßige höheren Lohn, er